



**IHK**

Industrie- und  
Handelskammer  
St. Gallen  
Appenzell

## **Medienkonferenz vom 26.04.2017 „Nein zum Energiegesetz“**

Redetext Robert Stadler, stv. Direktor IHK St.Gallen-Appenzell (es gilt das gesprochene Wort)

### **Position Wirtschaftsverbände**

Ich spreche heute im Namen der im Komitee angeschlossenen Wirtschaftsverbände (also IHK SG-App., KGV SG, GastroSG, ACS St.Gallen-Appenzell, Swissoil Ostschweiz). Die Ostschweizer Wirtschaft tritt geeint auf, denn wir sind alle überzeugt, dass das Energiegesetz (EnG), über das wir am 21. Mai abstimmen, aus Wirtschaftssicht klar abgelehnt werden muss.

#### **Vorbemerkung**

Wir sind nicht gegen eine Neuausrichtung der Energieversorgung in der Schweiz. Unsere Firmen setzen sich seit langem für eine höhere Energieeffizienz und einen geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoss ein. Denn der Wettbewerbsdruck im internationalen Umfeld, der starke Franken oder die Veränderungen durch die Digitalisierung erfordern es, Kosten zu optimieren. Dementsprechend wird in den Unternehmen Energieeffizienz gross geschrieben – egal ob in der Industrie, im Gewerbebetrieb oder im Gastrounternehmen.

#### **Versorgungssicherheit**

Eine sichere und wettbewerbsfähige Versorgung mit Energie ist für unseren Werkplatz unabdingbar – erst recht für eine Region wie die Ostschweiz, die überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze in der energieintensiven MEM-Industrie anbietet. Die gesicherte Verfügbarkeit von Strom ist für die Wirtschaft einer der wichtigsten Standortfaktoren. Zurzeit liefern die Schweizer Kernkraftwerke rund 40% des Stroms. Die Frage ist, wie dieser Strom nach der Abschaltung ersetzt werden kann. Das EnG bietet für diese Herausforderung keine Antworten.

Selbst wenn die Steigerung der Stromproduktion aus neuen erneuerbaren Energien wie vorgesehen realisiert würde, kann unser Land in den Wintermonaten nicht genügend Strom selbst produzieren. Unregelmässig anfallender Strom aus Windrädern und Solarpanels kann die wegfallende Bandenergie aus Grosskraftwerken nicht ersetzen.

#### **Unrealistische Planungsgläubigkeit**

Schon im ersten Satz der Vorstellung der Vorlage im Bundesbüchlein steht, dass die Energieversorgung völlig im Umbruch ist. Die Welt hat sich seit dem überhasteten Entscheid vor sechs Jahren, in der

Schweiz eine Energiewende einzuleiten, bereits wieder stark verändert. Wir leben in einer Zeit, die durch dramatische technologische Revolutionen geprägt ist. Wer weiss schon, was in 18 oder gar 33 Jahren sein wird? Bundesrat, Verwaltung und Parlament behaupten, dies zu wissen. Denn das EnG schreibt vor, dass wir den durchschnittlichen Energieverbrauch bis ins Jahr 2035 um 43% senken müssen, den Stromverbrauch um 13%. Wie diese Ziele aber erreicht werden sollen und zu welchen Kosten, ist noch völlig offen. Die Stimmbürger sollen die Katze im Sack kaufen, die Rechnung folgt dann später. Die Politik setzt auf das Prinzip Hoffnung, dass die Ziele dann schon irgendwie erreicht werden können. Eine solche Vorgabe zeugt von einer unrealistischen Planungsgläubigkeit.

### **Subventionswirtschaft und Bürokratiemonster**

Und damit kommen wir auch zu unserem nächsten Kritikpunkt – dem planwirtschaftlichen Ansatz des EnG, das auf den Ausbau der Subventionen setzt. Damit entsteht noch mehr Staat statt Markt, was jeder liberalen Grundhaltung widerspricht. Die Schweiz ist drauf und dran, die gleichen Fehler zu begehen wie Deutschland: Man will mit noch höheren Abgaben der Stromkonsumenten erneuerbare Energien aus Sonne und Wind subventionieren. Aus gesamtwirtschaftlicher Optik gesehen sind Subventionen ein ineffizientes Mittel, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Das ist auch bei der Energie nicht anders. Einzelne werden von dieser Subventionswirtschaft profitieren. Jemand muss die höheren Subventionen aber bezahlen: Die privaten Haushalte und die KMU werden deutlich stärker zur Kasse gebeten.

Gleichzeitig wird eine massive Flut an neuen Gesetzen und Regulierungen auf uns zurollen – und vor allem die KMU durch den zusätzlichen bürokratischen Aufwand belasten.

### **Technologischer Fortschritt wird abgewürgt**

Das EnG strotzt vor Zielkonflikten. Gerade der abnehmende Strombedarf widerspricht jeglicher Logik. Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses, Digitalisierung, Automatisierung, Elektrifizierung der Mobilität und der steigende Lebensstandard verlangen nach mehr, nicht nach weniger Strom. Die Gefahr ist gross, dass durch die neuen Regulierungen und Vorschriften der technologische Wandel abgewürgt wird und die Schweiz an Wettbewerbsfähigkeit einbüsst.

### **Fazit**

Die Wirtschaft ist bereit, ihren Teil zur Lösung einer zukunftsgerichteten Energieversorgung beizutragen. Solange die Politik aber nicht aufzeigen kann, wie die überaus anspruchsvollen Ziele konkret erreicht werden sollen, muss aus Wirtschaftssicht die Vorlage abgelehnt werden. Ein solches Mass an Intransparenz der Auswirkungen eines Gesetzes ist für uns nicht vertretbar. Ein Nein zum Energiegesetz wäre ein wichtiges Zeichen, um eine bessere Strategie zu entwickeln – mit weniger planwirtschaftlichen, dafür mehr marktwirtschaftlichen Elementen und mit einer klaren Antwort, wie die Versorgungssicherheit sichergestellt werden kann.